

Zum Fraktionsübertritt von Stadtrat Christoph Ozasek

Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE nimmt den öffentlich erklärten Übertritt von Stadtrat Christoph Ozasek zur Fraktion von Stadtlisten, Die Partei und junger Liste (PULS) empört zur Kenntnis. Dieser Schritt erfolgt ohne vorherige Konsultation mit der Mitgliederbasis und den gewählten Strukturen der Partei.

Wir halten die Erringung parlamentarischer Mandate nicht überwiegend für den persönlichen Verdienst einzelner Listenbewerber*innen, sondern für eine gemeinschaftliche Leistung der Liste der Partei DIE LINKE. Insofern halten wir es für selbstverständlich, dass bei inhaltlichen Differenzen, die einen Fraktionswechsel auslösen, das Mandat an die Partei zurückgegeben wird.

Deshalb forderte der Vorstand der LINKEN Stuttgart Christoph Ozasek (Listenplatz 4 bei der Gemeinderatswahl 2019) nach Bekanntwerden des Fraktionsübertritts zur Rückgabe seines Mandats auf. DIE LINKE verfügt über fähige und kompetente Nachrücker*innen, die anstelle von Ozasek das Mandat erfolgreich ausüben werden.

Naturgemäß werden von den Beteiligten verschiedene Deutungen dieses Fraktionsübertritts kolportiert werden. Wir deuten den Fraktionswechsel im Wesentlichen als Ausdruck unterschiedlicher Einschätzungen der politischen und sozialen Gegebenheiten in Stuttgart und den daraus abzuleitenden Aufgaben linker Politik: Der Einschätzung, dass sich der politische Zeitgeist in Stuttgart bereits nachhaltig zugunsten eines „Bedeutungszuwachses des Öffentlichen und des Gemeinsinns“ geändert habe, können wir nicht folgen.

Die Wohnkostenbelastung der Stuttgarter Mieter*innenhaushalte, die von Jahr zu Jahr besorgniserregendere Ausmaße annimmt ist nur ein Beispiel dafür, dass von einer Entspannung sozialer Gegensätze keine Rede sein kann. Ebenso wenig zeugt die nach wie vor prekäre Personalausstattung in Einrichtungen der öffentlichen Daseinsfürsorge wie z. B. dem städtischen Klinikum von einem „Bedeutungszuwachs des Öffentlichen“.

Dass bisher alle Bemühungen die Mieterinnen der Stuttgarter Wohnungsbaugesellschaft vor weiteren Mieterhöhungen in 2022 zu bewahren nicht nur an der geschlossenen Ablehnung von CDU, AfD, FW, FDP, sondern ebenso an der Ablehnung der Grünen gescheitert ist, zeigt wie schwierig die Orientierung auf Mehrheiten in einem hypothetischen „ökosozialen Lager“ für eine Partei ist, die die Interessen der am wenigsten privilegierten Bevölkerungsschichten vertritt.

DIE LINKE Stuttgart orientiert weiter auf eine Politik, die der Interessenvertretung der arbeitenden Menschen die größte Bedeutung zumisst. Denjenigen Menschen eine Stimme zu geben, die in prekären Verhältnissen leben, die im Niedriglohnbereich arbeiten, oft nicht mal das Wahlrecht besitzen, erfordert ein Politikverständnis das über die Komfortzone kommunaler Gremien hinaus geht, sich in die Mühen der Stadtteilarbeit begibt und parlamentarische Arbeit mit der Arbeit in sozialen Bewegungen verbindet.

Eine parlamentarische Vertretung im Stuttgarter Gemeinderat aufzubauen, die in diesem Sinne politisch handelt, wird eine der künftigen Aufgaben der Stuttgarter LINKEN sein, der wir zuversichtlich entgegensehen. Der Übertritt von Christoph Ozasek wird uns davon nicht abbringen.

*Der Kreisvorstand DIE LINKE. Stuttgart
09. Juli 2021*